



Dr. Franz Josef Jung
5. März 1949 geboren in Erbach
im Rheingau. Abitur, Wehrdienst,
Offiziersausbildung. Anschließend
Jurastudium in Mainz. 1978 Pro-
motion. Seit 1976 Rechtsanwalt
und ab 1983 als Notar tätig. Eben-
falls 1983 für die CDU Einzug in
den Hessischen Landtag. 1999–
2000 Hessischer Minister für
Bundes- und Europaangelegen-
heiten und Chef der Staatskanzlei.
2003–2005 Vorsitzender der
CDU-Fraktion in Hessen. Seit
2005 Verteidigungsminister der
Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Franz Josef Jung

Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland

„Herausforderungen an die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“

Ich bedanke mich zunächst für die freundliche Begrüßung, die, wie Sie verstehen werden, aus meiner Sicht schon ein paar Kommentierungen erforderlich machte, aber ich will mich an das mir gestellte Thema halten, will aber doch sagen, dass ich es schon besonders gut finde, wenn hier der nicht nur in Hamburg hohes Ansehen genießende Übersee-Club sich mit dieser Thematik beschäftigt. Und vielleicht darf ich das auch sagen, weil das nur ein kleines Aperçu darstellt: Ich freue mich deshalb umso mehr, auch hier in Hamburg zu sein, weil ich 1973 die bundespolitische Bühne in Hamburg betreten habe, als ich in den Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands gewählt worden bin. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu der Thematik kommen, die Sie gewählt haben, und zu der Situation, in die die Bundeswehr gestellt ist, und wie sich die Sicherheitspolitik für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch der Schutz für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in konkreter Darstellung darstellt.

Meine Damen und Herren, wir sind in einem doch unglaublichen Wandlungsprozess, auch und gerade, was die Sicherheitspolitik anbetrifft. Sie haben zu Recht angesprochen, ich habe ja als erster Verteidigungsminister Wehrdienst geleistet. Georg Leber war noch nicht bei der Bundeswehr und meine Amtsvorgänger in diesem Amt waren noch in einer anderen Armee tätig. Meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang nur auf Folgendes hinweisen: Ich habe noch erlebt, wie 1968 die Sowjetunion in die Tschechoslowakei einmarschiert ist. Ich habe den letzten scharfen Alarm der Bundeswehr erlebt. Ich habe die Situation erlebt, wie damals ja im Grunde genommen eine Spannungslage da war, kommt es gegebenenfalls jetzt doch zu einem dritten Weltkrieg? Und wir haben zum Glück, wie ich finde, diese gesamte Situation des Kalten Krieges überwunden. Dass in Deutschland 500 Meter auseinander die Atomraketen der Amerikaner gegen die Atomraketen der Sowjetunion gestanden haben, das ist zum Glück überwunden, und wir haben die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit erreicht. Aber wir haben heute neue Herausforderungen, insbesondere terroristische und asymmetrische Bedrohungen, auf die wir reagieren müssen im Interesse unserer Sicherheit und im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Und deshalb stellen sich heute neue Fragen.

Wir sind von einer Verteidigungsarmee über die Armee der Einheit – und lassen Sie mich das vielleicht auch sagen, weil ich oft den Eindruck habe, dass das auch im öffentlichen Bewusstsein etwas in den Hintergrund getreten ist – wissen Sie, die Bundeswehr mit der nationalen Volksarmee zu verzahnen, aus Armeen, die unmittelbar gegeneinander gestanden haben, eine zu machen. Ich habe bei der Flugabwehr, wo ich ausgebildet wurde, noch gelernt Flugzeuge abzuschießen, die jetzt alle zu uns gehören, das ist ein solch unglaublicher Prozess. Heute ist niemandem mehr, weder innerhalb noch außerhalb der Bundeswehr, im Bewusstsein, dass es unterschiedliche Strukturen in unseren Streitkräften gab. Wir haben die innere Einheit gerade auch in unserer Armee

sehr gut erreicht. Und, meine Damen und Herren, ich wäre froh, wenn wir in den übrigen Teilen unserer Gesellschaft schon so weit wären, was die Frage der inneren Einheit unseres Vaterlandes anbelangt, wie unsere Bundeswehr, und deshalb ist es, finde ich, ein beispielhafter Prozess, der im Zusammenhang mit der deutschen Einheit hier durchgeführt werden konnte.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt zu einer Armee im Einsatz geworden. Zu einer Armee, die dazu beiträgt, dass Krisen- und Konfliktbewältigung unmittelbar an der Quelle betrieben wird, bevor die Krisen und die Konflikte und damit auch die terroristischen Aktivitäten unser Land erreichen. Und da sind verschiedenste Bereiche, wo wir heute als Bundeswehr gefordert sind. Zunächst mal der Bereich des Balkans. Wir sind noch das stärkste Kontingent in Bosnien-Herzegowina. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass nach den Wahlen jetzt im Oktober dort eine weitere Stabilisierung der Lage eintritt, dass auch Bosnien-Herzegowina wieder selbst in der Lage ist, für seine Sicherheit mit Aufbau von Armeestrukturen, mit Aufbau von Polizei zu sorgen, um damit eine Perspektive auch für dieses Land in Zukunft zu gewinnen.

Und das Gleiche gilt für den Kosovo. Dort haben wir ebenfalls das stärkste Kontingent. Und im Kosovo kann ich nur hoffen, dass die Statusverhandlungen so voranschreiten, dass wir auch in diesem Punkt vorankommen. Aber, meine Damen und Herren, das will ich an dem Beispiel auch mal deutlich machen. Ich glaube, dass unsere internationale Einbindung in die Nato von entscheidender Bedeutung ist auch für unsere Sicherheit. Das war sie in der Vergangenheit, das ist sie aber auch in der Zukunft. Das Primat der Nato ist die Voraussetzung unserer Sicherheitspolitik. Und wenn ich über den Balkan gesprochen habe, da muss man wirklich sagen, dass dort, seit die Nato tätig geworden ist, eine Situation von Stabilität eingetreten ist, und damit konnte eine Weiterentwicklung erfolgen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb will ich auch hier sagen, und gerade auch im Übersee-Club sagen, dass ich es für besonders wichtig und gut erachte, dass die neue Bundesregierung wieder ein anderes Vertrauensverhältnis, ein gutes Vertrauensverhältnis zu unseren amerikanischen Freunden aufgebaut hat, denn es war nicht nur so, dass die Vereinigten Staaten von Amerika am Anfang unserer Republik Erhebliches für uns geleistet haben, bis zur Beseitigung der Blockade in Berlin, das brauche ich hier nicht alles vorzutragen. Der Prozess der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit hätte nicht so bewerkstelligt werden können, wenn nicht unsere amerikanischen Freunde an unserer Seite gestanden hätten. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist notwendig und wichtig auch in Zukunft, dass wir auf einer guten Vertrauensgrundlage mit unseren amerikanischen Freunden innerhalb der Nato zusammenarbeiten, nicht nur aus Dankbarkeit, sondern auch im Interesse unserer Sicherheit, und deshalb bin ich froh, dass wir hier eine bessere Vertrauensgrundlage zu unseren amerikanischen Freunden wieder entwickelt haben.

Und, meine Damen und Herren, ich will den Bereich unserer derzeitigen Auslandseinsätze weiter ansprechen. Wir sind in Afghanistan. Afghanistan, ein Land, das Ausbildungszentrum für den Terrorismus gewesen ist, wo es jetzt nach über 30 Jahren wieder demokratische Wahlen gegeben hat. Wo aber die Situation immer noch so ist, dass gerade auch im Süden dieses Landes, aber auch in anderen Regionen, doch noch immer terroristische Anschläge erfolgen, Talibankämpfer hier noch aktiv sind und wir unseren Beitrag leisten müssen zu einer Stabilisierung und einem Wiederaufbau dieses Landes, damit es insgesamt eine Perspektive hat und eine stabile, friedliche Entwicklung dort erfolgt. Und, meine Damen und Herren, wir sind jetzt mit rund 2.700 Soldaten und

Soldatinnen in Afghanistan, wir haben jetzt verlegt von Kabul in den Norden Afghanistans, nach Mazar el Sharif, Feizabad und haben dort die Verantwortung für fünf PRTs, also Wiederaufbauzentren. Meine Damen und Herren, daran wird auch, wenn Sie so wollen, der neue Akzent unserer Sicherheitspolitik deutlich. Denn wir gewährleisten als Bundeswehr in diesem Rahmen Sicherheit und Stabilität, aber wir brauchen auch die weitere Komponente im Hinblick auf den zivilen Aufbau, d.h. Aufbau von Polizei, Frage von entwicklungspolitischer Initiative, Frage wirtschaftspolitischer Initiative, damit die Menschen dort auch sehen, dass konkret etwas vorangeht, und sie nicht ein solches Engagement als Besatzung empfinden, sondern dass sie sehen, dass es eine stabilisierende Wirkung für ihr Land hat, und sie diesen Weg positiv begleiten. Denn der größte Schutz auch für unsere Soldaten und Soldatinnen ist die positive Stimmung der Bevölkerung vor Ort. Und deshalb glaube ich auch, ist vernetzte Sicherheitspolitik so wichtig, um hier die Dinge voranzutreiben. Ich bin froh darüber, dass wir als Bundesrepublik Deutschland hier ein Stück nach vorne gegangen sind.

Der Außenminister war gerade da und hat heute im Kabinett noch einmal das, was ich gerade dargestellt habe, unterstrichen. Und ich bin froh darüber, dass auch unsere anderen europäischen Freunde diese Komponente mitsehen – die italienischen Freunde sind z.B. jetzt für den Bereich des Westens zuständig, die Briten mehr für den Bereich des Südens, die Amerikaner mehr für den Bereich des Ostens, weil es notwendig ist, hier zu einem Wiederaufbau, zu einer Stabilisierung in diesem Land zu kommen, und wir sonst diesen Prozess nicht positiv bewerkstelligen können. Es ist ein schwieriger Prozess, zugegeben. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind auch in besonderer Art und Weise gefordert, und ich kann nur sagen, natürlich haben wir jetzt, als die Anschläge sich erhöht haben – wir hatten in diesem Jahr doppelt so viel Anschläge wie im letzten Jahr – dafür gesorgt, dass nur noch mit geschützten Fahrzeugen gefahren wird im Interesse der betroffenen Soldaten. Aber, meine Damen und Herren, natürlich sind auch Patrouillendienste notwendig.

Wir müssen dort auch in die Städte gehen und die Bevölkerung von dem positiven Akzent überzeugen. Und wir müssen über die Themen Strom, Wasser, Schulen, Krankenhäuser hinaus weitere Perspektiven für dieses Land entwickeln, um hier eine positive Zustimmung zu erreichen. Wir sind diesbezüglich nicht unmittelbar in der Verantwortung. Das haben wir etwas aufgeteilt, das macht die afghanische Regierung, unterstützt von unseren britischen Freunden, hinsichtlich der Drogenbekämpfung. Das ist ein großes Problem in diesem Land. Und, meine Damen und Herren, ich will dazu nur eins sagen: Die Drogenszene finanziert vielfach auch die terroristischen Aktivitäten. Aber ich glaube, deshalb ist es umso mehr notwendig, eben nicht nur die Mohnfelder zu vernichten, sondern den Bauern, die nur die eine Chance sehen, Mohn anzubauen, eine wirtschaftliche, eigene Perspektive zum Überleben anzubieten. Deshalb gehört diese Komponente mit dazu, wenn ich über Sicherheit und Stabilität in dieser Region spreche. Und eins will ich hinzufügen. Ich finde, dass unsere Soldatinnen und Soldaten dort in einer Art und Weise auftreten, sich verhalten, sich engagieren, dass bei über 90 Prozent der Bevölkerung hier die Zustimmung vorhanden ist für dieses Engagement: Das wird das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland auch in diesem Bereich sehr mehren, und deshalb bin ich unseren Soldatinnen und Soldaten, die hier mit Einsatz von Leib und Leben eine wichtige Aufgabe leisten, im Interesse unserer Sicherheit, sehr dankbar, und diesen Dank möchte ich auch bei Ihnen zum Ausdruck bringen.

Und, meine Damen und Herren, der nächste große Bereich, wo wir jetzt aktuell tätig sind, ist der Bereich des Kongo. Wir sind dort auf

Bitten der Vereinten Nationen im Rahmen der Europäischen Union gemeinsam tätig zur Absicherung der demokratischen Wahlen. Die Wahlen haben durchaus in einer – für dieses Land – friedlichen Situation stattgefunden, aber es war meine Prognose von Anfang an, wenn das Wahlergebnis bekannt wird, kann es zu einer kritischen Lage kommen. Und wir hatten ja gerade vorgestern solch' eine kritische Lage, nachdem feststand, dass der Staatspräsident Kabila und der derzeitige Vizepräsident Bemba in eine Stichwahl müssen. Beide verfügen über entsprechende militärische Unterstützung, ein Soldat wurde getötet, eine Gegenaktion hat stattgefunden. Die Villa des Kandidaten Bemba wurde umzingelt, und auch Kämpfe fanden dort statt. Gleichzeitig gab es dort eine Besprechung mit den UN-Botschaftern, auch mit den Botschaftern der Europäischen Union einschließlich unseres Botschafters. Und es war eine durchaus kritische Lage eingetreten. Mit Unterstützung unserer spanischen und polnischen Freunde ist es uns gelungen, hier doch zu einer Befriedung beizutragen, sodass ohne Notwendigkeit von Evakuierungsmaßnahmen die Botschafter so gegen 21 Uhr diese Villa auch verlassen konnten. Jetzt sind derzeit unsere Bemühungen dahin gehend – und sie scheinen auch ganz erfolgreich zu sein –, dass hier eine Beruhigung der Lage eintritt und eine Stabilisierung hoffentlich auch auf längere Dauer erfolgt.

Das zeigt aber, wie notwendig es erstens ist, mit dafür zu sorgen, dass hier derartige Wahlen in einem stabilen Umfeld stattfinden können, aber auch, wie kritisch und riskant es immer wieder ist, in derartige Einsätze zu gehen. Aber man muss Folgendes sagen: Seit über 45 Jahren gibt es das erste Mal in diesem Land demokratische Wahlen. Dort sind fast vier Millionen Menschen umgekommen. Wenn es die Chance gibt, dass es hier zu Demokratie, zu Stabilität und zu einer friedlichen Entwicklung kommt, dann glaube ich, liegt das auch in unserem Interesse. Denn Afrika ist der Nachbarkontinent von Europa. Wenn wir hier eine entsprechende Unterstützung leisten zur Stabilität, hoffe und wünsche ich, dass diese jetzt weiterhin so voranschreitet und auch die Stichwahlen in einer solchen Atmosphäre stattfinden können. Und die Bemerkung will ich dann doch noch machen. Ich war ja vor Ort und habe mich selbstverständlich auch von den Vorbereitungen überzeugt und habe gesagt, unsere Soldaten sind gut ausgebildet, was sie auch wirklich sind. Es ist natürlich ein kultureller Unterschied, ob Soldaten in Afghanistan Dienst tun oder ob sie in den Kongo gehen. Und dass sie auch gut ausgerüstet sind. Ich habe mir vorgenommen, wenn wir nicht die Mittel dafür haben, unsere Soldaten ordentlich auszubilden und optimal auszurüsten, dann darf man sie nicht in gefährliche Auslandseinsätze schicken. Und daran werde ich mich halten.

Mir wurde die Frage gestellt, warum die französischen Kollegen dort etwas andere Kleidung haben, etwa kurze Hosen tragen dürfen. Unsere Leute sagen, aus Gesundheitsgründen, das ist falsch. Es hat sich schon erwiesen, dass unsere Leute recht haben. Deshalb bleiben wir bei dieser Kleidung. Und zweitens haben wir sie auch entsprechend ausgestattet mit gutem Schuhwerk. Ein Soldat hat vorgetragen, er sei nach Koblenz gekommen und da hätten die ihm doch einen Winterschlafsack gegeben. Ich habe zu ihm gesagt, Sie sind doch Manns genug zu sagen: „Hören Sie mal, ich brauche einen Sommerschlafsack!“ Also gut, er hat nachher seinen Sommerschlafsack bekommen: Bevor er in den Kongo ging, hatte er ihn. Nur die Meldungen in den Zeitungen lauteten: „Bundeswehr mit Winterschlafsäcken in den Kongo“. Also gut. Damit muss man leider Gottes leben. Ich kann nur sagen, dass all die, die vorher dort Kritik geübt haben, Unrecht hatten. Erstens sind unsere Soldaten gut ausgebildet, zweitens sind sie gut ausgerüstet, und sie sind auch gut motiviert.

Und sie haben es verdient, finde ich, dass sie von uns und auch von der Gesellschaft die Unterstützung erfahren, die sie brauchen, wenn sie für unsere Sicherheit in den Auslandseinsätzen tätig sind.

Meine Damen und Herren, ich könnte diesen Strauß jetzt weiter fortsetzen. Aber ich will doch noch darauf hinweisen, dass wir in der Mission „Enduring Freedom“, also Terrorismusbekämpfung, am Horn von Afrika in Dschibuti tätig sind. Wir sind in der Mission „Active Endeavour“ im Mittelmeer tätig, übrigens, was viel zu wenig im Bewusstsein ist, laut Artikel 5 NATO-Vertrag im Bündnisfall. Wenn ich eine Umfrage machen würde, ob die Bundeswehr im Bündnisfall tätig ist, bin ich relativ sicher, dass die Mehrheit der Bevölkerung sagen würde, auf keinen Fall. Aber es ist so. Und das war die Konsequenz nach dem 11. September 2001, ich komme nachher noch auf ein anderes Beispiel zurück, denn da haben die Vereinten Nationen den Artikel 51 UN-Charta und die NATO den Artikel 5 NATO-Vertrag beschlossen. Wir haben weitere Missionen im Sudan, in Darfur. Wir sind in Äthiopien, in Eritrea, wir sind in Georgien. Ich will damit nur deutlich machen, welche Aufgaben die Bundeswehr schon wahrnimmt. Wir sind mit circa 8.000 Soldaten jetzt in den Auslandseinsätzen. Wir wechseln rund alle vier Monate, und wir sind auch in gewissen Bereichen in Grenzbereichen angelangt, wenn ich an geschützte Fahrzeuge denke, wenn ich an das Thema geschützte Hubschrauber denke, dann gibt es hier Dinge, wo wir noch ein Stück nachsteuern müssen.

Aber, meine Damen und Herren, deshalb stellt sich jetzt die Frage, wie verhält sich die Bundeswehr, wie verhält sich die Bundesrepublik Deutschland, wenn es um das Umsetzen der UN-Resolution geht, Gewährleistung des Waffenstillstandes im Nahen Osten. Meine Damen und Herren, da will ich zunächst Folgendes sagen: Aus meiner Sicht ist es etwas in den Hintergrund getreten, dass durch diese UN-Resolution die Waffen dort geschwiegen haben. Ich kann einiges aussetzen an dieser Resolution, aber sie ist die Voraussetzung gewesen, dass die Waffen zunächst geschwiegen haben. Und der zweite Punkt, die Resolution hat humanitäre Aspekte, und sie hat Aspekte der dauernden friedlichen Sicherung. Wir sind jetzt im Bereich der humanitären Hilfe über verschiedenste Komponenten tätig, aber die Bundeswehr ist konkret tätig mit Lufttransport von Amman nach Beirut. Und wir leisten medizinische Versorgung, um unmittelbar der Not leidenden Bevölkerung zu helfen. Und wir diskutieren jetzt in der UNO die Frage, wie können wir unseren Beitrag leisten zur dauerhaften friedlichen Lösung. Dass die dauerhafte friedliche Lösung eine politische Lösung sein muss, ist, glaube ich, offensichtlich. Aber die Frage ist wichtig, was kann jetzt unterstützend getan werden, um diese Resolution umzusetzen, um zu verhindern, dass doch wieder eine militärische Auseinandersetzung erfolgt. Und hier hat ja die UN-Resolution vorgesehen, dass 2.000 UN-Soldaten, die jetzt vor Ort sind, ergänzt werden sollen auf insgesamt 15.000 und dass diese Soldaten die libanesische Armee unterstützen sollen, denn es geht in diesem Konflikt sowohl um das Existenzrecht des Staates Israel wie auch um die Souveränität des Staates Libanon, aber letztlich hat er auch eine weitere politische Komponente, die staatliche Situation Palästinas. Und, meine Damen und Herren, hier war und ist unsere Auffassung, dass es falsch wäre, wenn wir in einer solchen Mission nur Beobachterstatus einnehmen. Also wenn ich zu einer friedlichen Lösung beitragen will, muss ich auch die Möglichkeiten haben, das zu tun. Und deshalb wollten und wollen wir Klarheit in dieser Frage.

Wir haben, wie Sie wissen, ein Angebot gemacht im Hinblick auf das Thema Seesicherheit, wobei alles letztlich davon abhängt, was konkret die libanesische Regierung will, wie die Unterstützung aussehen soll.

Dabei ist es natürlich auch notwendig, dass wir im Rahmen der Seesicherheit, wenn größerer Waffenschmuggel über See erfolgt, auch wirklich kontrollieren können. Und im Zweifel kontrollieren können gegen den Willen des Kapitäns. Denn sonst ist ein solches Mandat ohne große Wirkung, und deshalb bemühen wir uns, genau das jetzt zu erreichen. Morgen ist die nächste Truppenstellerkonferenz, und wir müssen schauen, wie wir da weiter vorankommen. Wir brauchen, wie ich finde, hier eine europäische Komponente, und wir brauchen weiterhin die internationale Unterstützung, durchaus auch die Unterstützung von arabischen Staaten, weil das, glaube ich, in der Gesamtsituation richtig ist, um hier einen entsprechenden Beitrag zu leisten, damit es zu einer dauerhaften friedlichen Lösung kommen wird. Aber die entscheidenden Punkte sind dann auch, dass die politischen Fragen gelöst werden. Das will ich in dem Zusammenhang noch sagen, denn die militärischen Fragen werden letztlich nicht das Entscheidende sein.

Und, meine Damen und Herren, wenn ich diese Fragen so anspreche, dann glaube ich, wird deutlich, und das ist auch mein Petitem, dass wir uns mit diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen auch für die Bundesrepublik Deutschland, auch im offenen Diskurs, aus meiner Sicht intensiver beschäftigen müssen. Denn es stellt sich die Frage, wo sind eigentlich die Grenzen? Die Bundeswehr kann nicht Weltpolizei sein. Aber wo ist in den Einsätzen unsere Wertorientierung und unser Interesse? Mit dazu beizutragen, im Nahost-Konflikt zu einer friedlichen Lösung zu kommen, ist durchaus im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Und, meine Damen und Herren, ich will auch noch bemerken, wenn über 72 Prozent der israelischen Bevölkerung heute sagen, wir wünschen, dass die Bundeswehr dort mithilft, dann finde ich, ist das auch ein Vertrauensbeweis für die Bundeswehr. Und das darf man nicht vergessen.

Wir haben auch eine Verpflichtung übernommen, die heute oft gar nicht mehr oder wenig im öffentlichen Bewusstsein ist. Wenn man zu der Überzeugung gekommen wäre von Seiten der UNO, die Nato solle diesen Beitrag leisten, da muss ich Ihnen sagen, wäre man sehr schnell auf die Idee gekommen, die schnelle Einsatztruppe der Nato hier heranzuziehen, nämlich die Nato Response Force. Das ist eine Truppe, die in etwa 25.000 Mann umfasst, in der aber in diesem Halbjahr die Bundesrepublik Deutschland mit 6.600 Soldaten steht. Da hätten wir die Diskussion über den Umfang gar nicht mehr geführt, sondern wären wir mit 6.600 deutschen Soldaten dabei gewesen. Das sind alles Verpflichtungen, die schon im Jahre 2002 eingegangen worden sind. Aber im Bewusstsein der Bevölkerung und auch in vielen Bereichen von Entscheidungsträgern ist das nicht vorhanden. Und am 1. Januar des nächsten Jahres stehen wir in der EU-Battle-Group, das ist die schnelle Einsatztruppe Europas, wo wir mit 1.500 Soldaten dabei sind. Also wenn dort – zumal wir auch die EU-Ratspräsidentschaft innehaben – wenn dort eine Situation entsteht, wo geholfen werden muss, dann sind wir ebenfalls dabei.

Das zeigt aber auch aus meiner Sicht, wie notwendig es ist, dass wir uns mit diesen Fragen beschäftigen, dass wir über Sicherheitspolitik auch in der öffentlichen Diskussion wieder mehr sprechen und sie ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken, denn es kann nicht sein, dass wir sagen: Wir brauchen viele Auslandseinsätze, die wir als Geheimkommando machen, aber wir brauchen dafür auch die Unterstützung der Bevölkerung. Da muss ich auch vorher die Bevölkerung überzeugen, dass es im Interesse der Sicherheit und auch in ihrem Interesse ist, einen solchen Auslandseinsatz zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, das zweite Kapitel, das ich in dem Zusammenhang ansprechen will, ist das Thema des Schutzes Deutschlands im Inneren. Das ist auch eine wichtige Aufgabe, die die Bundeswehr leistet. Wir haben im Rahmen des Artikels 35, also Katastrophenschutz und schwerer Unglücksfall, was sich übrigens entwickelt hat nach der Sturmflut hier in Hamburg, die klare Verpflichtung zu helfen. Was wir getan haben in meiner Amtszeit, als die Eishalle in Bad Reichenhall eingebrochen ist bei der Schneekatastrophe in Bayern, bei der Vogelgrippe auf Rügen und beim Hochwasser jetzt wieder an der Elbe. Deshalb amüsiere ich mich manchmal, wenn darüber diskutiert wird, dass die Bundeswehr im Innern nicht helfen dürfte. Selbstverständlich dürfen wir helfen. Und das tun wir auch. Und wir tun das sehr effektiv. Das will ich vielleicht auch hier mal ins Auditorium sagen. Wissen Sie, der Anruf zur Hilfe bei der Vogelgrippe auf Rügen, was nicht so das tägliche Brot der Bundeswehr ist, kam so am Samstag um Viertel vor fünf. Um halb zehn war auf Rügen die Bundeswehr voll einsatzfähig. Und das zeigt, wie ich finde, auch die Einsatzfähigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Armee in diesem Bereich. Und dafür sollten wir ebenfalls dankbar sein.

Und, meine Damen und Herren, unser Konzept ist jetzt für den Schutz Deutschlands im Innern, die regionalen Strukturen mit 470 Verbindungskommandos aufzubauen, die wir im Wesentlichen bestücken wollen mit Reservisten. Übrigens will ich das hier auch noch sagen, diese Reservisten leisten einen wichtigen Beitrag, erstens als Transmissionsriemen in die Gesellschaft, aber auch in der Unterstützungsfunktion für die Bundeswehr. Wir sind beispielsweise in den Auslandseinsätzen mit 1.800 Reservisten im Einsatz. Wenn wir ein völlig neues Camp jetzt in Mazar el Sharif aufbauen müssen, dann sind wir dankbar, wenn wir das Know-how von dem einen oder anderen Reservisten dort mit einsetzen können. Aber, wenn es um die Frage zivilmilitärische Zusammenarbeit geht, und das funktioniert in hervorragender Art und Weise, brauchen wir angesichts einer aktuellen Diskussion, die dort teilweise geführt wird, das klare Bekenntnis der Bundeswehr zu den Reservisten. Wir brauchen sie für den Schutz Deutschlands. Wir brauchen sie in der Unterstützung auch in den Auslandseinsätzen, und deshalb werden die Reservisten auch in Zukunft eine wichtige Funktion innerhalb der Bundeswehr haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will allerdings auch zu dem Thema etwas sagen, das Sie ebenfalls einleitend erwähnt haben, nämlich der Frage, kann man eigentlich heute noch äußere und innere Sicherheit strikt voneinander trennen? Die Frage zu stellen heißt, wie sieht heute eigentlich die Bedrohungslage aus? Haben wir nicht durch die Veränderung der Bedrohungslage eine andere Situation? Früher galt: äußere Sicherheit Soldaten, innere Sicherheit Polizei. Niemand will von uns, von der Bundeswehr, eine Polizeiaufgabe übernehmen. Das ist nicht unser Thema. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Entscheidung getroffen zum Luftsicherheitsgesetz. Man hat gesagt, wenn es keine andere Chance mehr gibt, darf ich ein mit Terroristen besetztes Flugzeug abschießen. Aber in der Verfassung sind dafür nur polizeiliche Mittel vorgesehen. Meine Damen und Herren, ich stelle das deshalb so bewusst dar, um deutlich zu machen, dass genau dafür eben die polizeilichen Mittel nicht ausreichen. Und wenn eine solche terroristische Gefahr vorhanden ist, dann muss ich auch die Situation so rechtlich klären, dass ich dann auch die Möglichkeiten habe zu handeln. Und das gilt genauso für die Seesicherheit. Wenn auf See ein terroristischer Angriff erfolgt, brauche ich dafür zum Schutz die Marine. Da hilft mir nicht die Polizei. Und ich muss auch heute weiter denken, in welcher Art und Weise und wo gegebenenfalls Angriffe erfolgen können. D.h. im Klartext, immer

dann, wenn die Mittel der Polizei nicht mehr ausreichen, wenn die Fähigkeiten der Bundeswehr aber helfen würden, zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger einen solchen Angriff abzuwehren, muss ich aus meiner Sicht auch die Chance haben, diese Fähigkeiten im Interesse der Sicherheit und des friedlichen Zusammenlebens unserer Bevölkerung einsetzen zu können, und deshalb brauchen wir aus meiner Sicht in diesem Punkt eine grundgesetzliche Klarstellung, und ich bin sehr optimistisch, dass wir das im Herbst als Bundesregierung auch auf den Weg bringen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu alledem gehört natürlich auch, dass ich die notwendigen Mittel und Möglichkeiten habe, um das umzusetzen. Und deshalb sage ich, wir können nicht immer mehr Einsätze leisten. Wir können nicht immer mehr gefordert sein, und die Mittel werden immer mehr zurückgefahren. In den letzten 12 Jahren sind die Mittel im Verteidigungsetat im Verhältnis zum Bundesetat um ein Drittel zurückgefahren worden. Und das kann, denke ich, nicht so weitergehen. Und wir sind uns auch in der Bundesregierung einig, dass dies nicht der Fall sein wird, sondern dass wir schon im Haushalt 2006 eine stabile Grundlage haben und im Haushalt 2007 noch etwas dazutun werden, um ebendiese Möglichkeiten auch in Zukunft finanziell absichern zu können. Nur, meine Damen und Herren, dazu will ich auch noch etwas in die aktuelle Diskussion hinein sagen. Wissen Sie, es hatte eine Diskussion teilweise stattgefunden, ob die Soldaten einen Auslandsverwendungszuschlag bekommen, wenn sie in diesen Einsätzen sind, ob der zurzeit steuerfrei gezahlt wird, ob der besteuert werden soll? Nun finde ich, und das habe ich auch in die Diskussion hinein gesagt, es ist schon ein gewisser Unterschied, ob ich mit Einsatz von Leib und Leben in gefährlichen Situationen, wie in Afghanistan, im Auslandseinsatz bin oder ob ich beispielsweise Verantwortung als Beamter in einem Brüsseler Büro trage. Und deshalb, finde ich, muss man das auch etwas differenzieren. Es ist gut, dass wir jetzt vereinbart haben, dass die Soldaten für ihren Einsatz den Auslandsverwendungszuschlag auch in Zukunft steuerfrei erhalten.

Das gilt dann auch für andere Bereiche. Ich will in dem Zusammenhang auch noch etwas sagen. Ich habe vorhin von dem Auftreten der Bundeswehr gesprochen. Dazu gehört natürlich auch, wie sich eine Armee entwickelt. Und deshalb bin ich ein entschiedener Anhänger, dass sich unsere Armee, die sich als Wehrpflichtarmee entwickelt hat, die heute zu einem guten Ansehen gekommen ist, dass sie das auch in Zukunft bleibt, nämlich eine Wehrpflichtarmee. Die Wehrpflicht, meine Damen und Herren, ist die unmittelbare Verbindung mit der Gesellschaft, und im Übrigen, von 60.000 Wehrpflichtigen, die wir einziehen, verpflichten sich rund 25.000 freiwillig weiter, d.h., es ist auch eine Frage der strukturellen Entwicklung einer Armee, und deshalb bin ich so entschieden der Meinung, dass wir weiterhin die Wehrpflicht beibehalten sollen, und deshalb habe ich auch so dafür gekämpft, dass es jetzt nicht noch Sonderbelastungen für die Wehrpflichtigen gegeben hat, denn es gab die Diskussion, ob das Weihnachtsgeld und Entlassungsgeld für die Wehrpflichtigen völlig gestrichen werden. Und wissen Sie, wer seine Wehrpflicht ableistet, der bekommt im Durchschnitt rund 250,- € pro Monat, das ist noch nicht mal ein 400,- € Job, und wer das tut für die Allgemeinheit, der soll aus meiner Sicht seine 170,- € Weihnachtsgeld auch behalten können. Ich bin froh, dass wir das auch erreichen konnten.

Dazu gehört dann auch, dass wir vorhaben als Bundesregierung, diese Fragen der sicherheitspolitischen Herausforderungen in einem Weißbuch zu formulieren und im Bundeskabinett zu verabschieden. Das

Weißbuch ist die sicherheitspolitische Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland. Das letzte Weißbuch gab es 1994, da gab es all diese Einsätze noch nicht, von denen ich gerade gesprochen habe. Da gab es den 11. September noch nicht. Wir brauchen heute eine klare Standortbestimmung in diesem Punkt, und ich halte es auch für notwendig, dass auch ein Bundeskabinett insgesamt dann eine solche Entscheidung trifft. In der vorherigen Regierung hat mein Amtsvorgänger verteidigungspolitische Richtlinien erarbeitet, aber das Kabinett hat dem nicht zugestimmt. Und ich finde, eine Armee, die in solche Einsätze geht, die dafür da ist, die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und die Sicherheit des eigenen Landes, die hat es auch verdient, und es ist geradezu notwendig, dass eine gesamte Bundesregierung mit einer Kabinettsentscheidung hinter ihr steht und das nicht nur die Einzelaktion des Verteidigungsministers ist, meine Damen und Herren. Und das sage ich bewusst hier in Hamburg. Es hat, nachdem der Entwurf auf dem Tisch lag, eine Diskussion darüber begonnen, wie es sich eigentlich mit der Frage der sicherheitspolitischen Notwendigkeit verhält, wo diese gegebenenfalls überschritten wird. Ist beispielsweise Energieversorgung oder Seehandel auch ein Thema, das erörtert werden muss? Meine Damen und Herren, da bin ich schon der Meinung, ja. Denn wir wickeln in etwa 80 Prozent unserer Wirtschaft in der globalen Welt heute über See ab. Wir haben, als ein Tanker in der Straße von Hormus terroristisch angegriffen wurde, schon im Jahre 2002, einen solchen Angriff mit der Bundeswehr abgewehrt. Im Klartext, es gehört natürlich zu unseren Interessen, dass wir einen freien Seehandel haben und dass wir auch eine Energie- und Rohstoff-Lieferung dort gewährleisten können und dies nicht durch terroristische Aktivitäten unterbunden werden kann. Und deshalb hat das auch was mit sicherheitspolitischen Interessen zu tun, und deshalb glaube ich, es ist richtig, wenn man auch in ein Weißbuch, das über Sicherheitspolitik spricht, über sicherheitspolitische Interessen des Landes, auch diese Punkte mit einbezieht in die Diskussion. Ich glaube, dass man auch hier terroristische Angriffe im Interesse der Energiesicherung, im Interesse der Rohstoffsicherung, aber auch im Interesse des freien Seehandels in Zukunft abwehren können muss.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind alles Punkte, die uns in besonderer Art und Weise herausfordern, und deshalb will ich vielleicht zum Schluss noch einen letzten Punkt hier ansprechen, der mich sehr bewegt hat, als ich in Kabul (Afghanistan) vor der Gedenkstätte stand für diejenigen, die dort ihr Leben lassen mussten. Ich habe mir die Frage gestellt, was machen wir eigentlich als Bundesrepublik Deutschland, um diejenigen zu ehren und ihnen ein würdiges Andenken zu bewahren, die für diesen Einsatz ihr Leben gelassen haben. Immerhin 64 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz, in der gesamten Bundeswehr 2800 Soldaten und zivile Mitarbeiter. Und deshalb glaube ich, haben es diejenigen, die für diesen Einsatz ihr Leben lassen mussten, auch verdient, wenn wir ihnen ein würdiges und ehrendes Andenken bewahren, und deshalb werden wir in Berlin am Sitz des Bundesverteidigungsministers im Bendlerblock auch ein Ehrenmal für diese Soldatinnen und Soldaten errichten. Und ich füge auch hinzu, das habe ich ebenfalls festgestellt, dass jemand, der im Einsatz stark in seiner Gesundheit beeinträchtigt wird, nach Rehabilitation gemäß derzeitiger Rechtslage einen Versorgungsanspruch hat und damit sozusagen der Dank des Vaterlandes gewährleistet ist. Das mag früher richtig gewesen sein. Als die Bundeswehr entstanden ist als Verteidigungsarmee, haben sich die Fragen so nicht gestellt. Aber wer in seiner Gesundheit beeinträchtigt worden ist durch einen Auslandseinsatz beispielsweise und

dann nachher wieder in der Lage ist, nach Rehabilitation doch wieder eine Tätigkeit auszuüben, der hat, glaube ich, einen Anspruch darauf, dass er auch dann bei der Bundeswehr weiter beschäftigt wird. Das, finde ich, ist ein Anspruch auch im Bereich der staatlichen Fürsorge, und deshalb werden wir ein Gesetz in dieser Richtung auf den Weg bringen, dass diejenigen, die hier versehrt worden sind, die hier eine Beeinträchtigung in ihrer Gesundheit erfahren haben, nicht auf den Weg der Versorgung abgeschoben werden, sondern dass sie einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung innerhalb der Bundeswehr haben.

Die gesamte Situation zeigt die Herausforderungen, die sich an die Sicherheitspolitik und damit an die Bundeswehr stellen. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist es so wichtig, dass wir für diesen Dienst eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit erfahren. Und da hat sich zum Glück, wie ich finde, in den letzten Jahren doch viel verändert. Wir haben jetzt am 20. Juli das Öffentliche Gelöbnis in Berlin gefeiert. Sie wissen, im Bendlerblock in Berlin ist der Widerstandskämpfer Claus Graf Schenk von Stauffenberg am 20. Juli 1944 erschossen worden, und deshalb veranstalten wir an diesem Tag ein Öffentliches Gelöbnis. Es war das erste Mal, dass dieses Jahr keine Demonstration stattgefunden hat. Und Sie wissen, das war in früheren Jahren schon oft etwas anders. Und deshalb ist es gut, dass sich das Ansehen der Bundeswehr in dieser Art und Weise gesteigert hat und dass die Unterstützung durch die Bevölkerung weiter erfolgt, und deshalb bin ich auch dankbar, wenn beispielsweise Sie als Übersee-Club sich mit diesen Fragen beschäftigen und mir die Chance geben, dies Ihnen gegenüber vorzutragen, weil ich schon der Meinung bin, dass erstens unsere Soldaten es verdient haben, eine derartige Unterstützung zu erfahren, dass es aber auch zweitens notwendig ist, im Interesse unserer Sicherheit, im Interesse der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, hier einen breiten Grundkonsens zu haben und eine breite Übereinstimmung und eine breite Unterstützung für diese wichtige Aufgabe, die die Bundeswehr leistet. Wir haben eine starke Truppe. Wir haben eine leistungsfähige, einsatzfähige Truppe, und sie hat deshalb die Unterstützung verdient, und deshalb werbe ich auch bei Ihnen dafür und bin Ihnen dankbar dafür.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und herzlichen Dank auch für Ihre Unterstützung unserer Sicherheitspolitik und der Aufgaben, die unsere Soldatinnen und Soldaten im Interesse unserer Sicherheit zu bewältigen haben. Besten Dank! ■